

Bezugspreis:
Bierteljährl. 60.— M., monatl. 20.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 20.— M., ein-
zelne Ausgaben 10.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,
Litauen und Posen 24.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Belgien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die langfristigen Anzeigen werden
auf 9.— M. „kleine Anzeigen“
das fertige Blatt 3.— M. (zu-
lässig zwei fertige Blätter), jedes
weitere Blatt 1.50 M. Einzelexemplare
und Schließelanzeigen das erste
Blatt 1.50 M., jedes weitere Blatt
1.— M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten Seite 4.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgehoben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15193-97
Expedition Moritzplatz 11753-51

Dienstag, den 28. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenu-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Jouhaux über Deutschlands Abrüstung

Paris, 28. Februar. (WIB.) Der französische Gewerkschafts-
führer Jouhaux, der vor einiger Zeit an einer Studientour
durch Deutschland teilgenommen hat, die die gewerkschaftliche Inter-
nationalen veranstaltete, um sich über den Stand der Abrüstungen in
Deutschland zu unterrichten, hielt gestern abend in der französischen
Vereinigung für Völkerverbund einen Vortrag über
seine Feststellungen. Sein Urteil ist günstig. In den großen
Industriezentren habe sich eine rasche Umgestaltung der Kriegs-
in die Friedensfabrikation vollzogen. Es sei wünschenswert, daß die
französischen Industriellen diese Fabrikten besuchten, um sich von dem
in diesem Sinne erzielten Fortschritt zu unterrichten. In Deutsch-
land bestehe ein wahrhaft neuer Geisteszustand. Franzö-
sische Arbeiter seien Fehler begangen worden. Die Alliierte Ueberwachungs-
kommission wisse noch nicht den erforderlichen Unterschied zwischen
Kriegs- und Friedensindustrie zu machen.

Eine neue Deutschenheke?

Es scheint, daß die Zusammenkunft von Boulogne, die in Frank-
reich als ein großer Sieg Poincarés gefeiert wird, zu einer wesent-
lichen Stärkung des französischen Chauvinismus
beigetragen hat. Die im Morgenblatt veröffentlichte Mitteilung des
Abg. Bonnet in der Kriegsschuldigenfrage mit der Anführung,
Deutschland werde unter Androhung von Sanktionen aufgefordert
werden, die Beschuldigten auszuliefern, war ein Vorstoß in dieser
Richtung. Noch schlimmer muten zwei Preshimmen an, die der
E.P.-Dienst veröffentlicht. Danach schreibt der „Eclair“, aus dem
hervorhebt einige Sätze zitierte, die beweisen sollten, daß Frank-
reich nicht von allen Geisern der Vernunft und der Verhältnismäßigkeit
verlassen ist (vgl. „Deutschland und Frankreich“ in der Sonntagsaus-
gabe):

„Die Alliierten ziehen sich auf allen Fronten zurück, in Kleinasien
und in Rußland, während Deutschland die Offiziersbe-
stände seiner Armee beibehält und schon die Morgen-
röte der Revanche zu sehen glaubt.“

Noch unsinniger gebärdet sich der „Intransigant“, der in
einem Artikel: „Im Lande, wo die Schokoladenfabriken explodieren“
(gemeint ist offensichtlich das Brandunglück der Sorotti-Fabrik auf
dem Tempelhofer Feld) seinem Züricher Korrespondenten das Wort
gibt. Es heißt da:

„Der deutsche Revanchegeist richtet sich nicht mehr
gegen Frankreich, sondern auch gegen England. Ueberall
treffen wir auf Kundgebungen und Versammlungen, in denen der
neue Zukunftsrieg gepredigt wird, der mit Hilfe der
Russen geführt werden soll, die Napoleon besiegten und die soeben
die ganze Welt besiegelt haben. (1) Die deutsche Regierung erteilt
im geheimen die Rüstungen. Die staatlichen Chemiker sind
beauftragt, wissenschaftliche Vorlesungen in den Militärschulen zu
halten. Explosivstoffe, Munition und Gewehre
werden in geheimen Fabriken hergestellt, die ganz unschuldige Namen
tragen. Man legt sich immer mehr Rechnung dafür ab, daß mili-
tärische und politische Uebereinkommen zwischen den
Deutschen und den Sowjetrussen abgeschlossen worden sind,
die nicht nur in der Vergangenheit spielten (Irland, Ägypten,
Indien), sondern auch den zukünftigen Krieg betreffen (Polen und
Frankreich). Jedes Augenblick werden Soldaten, Munition und
Waffen aller Art nach Rußland geschickt. (2) Bekümmert gingen erst
wieder 50 Flugzeuge dort hin ab. Die Militär- und Flottenattachés
der Sowjets haben das Recht, in allen Fabriken ein- und auszugehen,

Scheidemann in Kopenhagen.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:
Auf Einladung der radikal-demokratischen Studentenschaft Kopen-
hagens sprach am Sonntag Genosse Scheidemann in der einzig-
artigen Halle des Kopenhagener Rathauses über den „Weg Deutsch-
lands von der Monarchie zur Republik“. Scheidemann schilderte den
Verlauf des Krieges, den Zusammenbruch und die daraus resul-
tierende Revolution. Es sei ein Unsin, wenn behauptet werde,
die Revolution sei die Ursache der Niederlage gewesen. Für jeden
verständigen Menschen liegt es klar zutage, daß der Zusammenbruch
die Revolution nur notwendigen Folge haben mußte. Scheidemann
schilderte dann die Wirkungen des Versailler Vertrages auf
Deutschland, aber auch wie dieser Vertrag immer mehr die neu-
tralen und schließlich auch die Siegerstaaten bedrücke und
gefährde. Wenn die Entente schon ihr fürchtbares Diktat auf der
unmohrhaftigen Behauptung aufbaue, daß Deutschland die Allein-
schuld am Kriege trage, wie wolle man dann verantworten, die
ganze Welt zu bestrafen dafür, daß Deutschland angeblich diese
Alleinschuld ebenso wahr wie sie falsch ist, wie könne es dann
die Entente verantworten, ganz Europa zu strafen für angeb-
liche Sünden eines Systems, das in Deutschland für alle Zeiten er-
ledigt worden ist. Scheidemann forderte zum Schluß alle Welt auf,
die Lage Deutschlands objektiv zu beurteilen. Er sei überzeugt, daß
mit dem Augenblick, wo die wirkliche Lage Deutschlands erkannt
werde und die Wirkungen des Versailler Diktats mehr oder weniger

und sie wurden sogar ermächtigt, die neuen technischen Verbesserun-
gen zu studieren, die die Deutschen seit dem Waffenstillstand ge-
leistet haben. (1) Zahlreiche Ausländer, die nach Deutsch-
land fahren, um mit den Deutschen langfristige Verträge
abzuschließen, haben in Anbetracht des militärischen Geistes, der
dort mit Ausnahme der unabhängigen Sozialisten herrscht, darauf
verzichtet. (2)“

Man ist geneigt zu fragen, wie es möglich ist, dem französischen
Veser einen derartig hahnehühnenen Blödsinn vorzulegen.
Wir können uns nur angewidert von einem derartigen Treiben
abwenden und würden derartige Erzeugnisse ohne weiteres unter den
Tisch fallen lassen, wenn es sich um eine Einzelercheinung handeln
sollte. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, und die Rügenmaschine,
die Schokoladenfabriken explodieren läßt, scheint ihren Stammsitz
in einem der französischen Regierung näheren Ort zu haben als
Zürich. Soll das französische Volk wieder einmal in die richtige
„Wiederaufbauströmung“ hineingeht werden?

Chamberlain über die Entwaffnung.

London, 28. Februar. (WIB.) Im Unterhause fragte Sir
Frederic Hall, ob in Anbetracht der Tatsache, daß Deutschland
die Bestimmungen des Friedensvertrages bezüglich der Zer-
störung des Kriegsmaterials und der Einstellung der
Fabrikation neuen Materials vorsätzlich umgehe, Schritte ge-
tan würden, um die Alliierte Militärkontrollkommission zu stärken
und die Untersuchungsbehörden dieser Kommission seitens der Re-
gierung zu erweitern.

Ein anderes Parlamentsmitglied fragte, ob die Regierung sich
darüber Rechenschaft ablege, daß Deutschland die Bestimmungen
über die Abrüstung vorsätzlich und systematisch umgehe
und ob die Regierung ihre Aufmerksamkeit sofort dieser ersten
Bedrohung des Weltfriedens zuwenden werde.

Chamberlain erwiderte auf beide Anfragen, indem er er-
klärte: Es hätten von einzelnen Personen, darunter untergeordneten
Beamten, in Deutschland Verstöße stattgefunden. Nach Ansicht der
Regierung würde es jedoch nicht zutreffen, zu sagen, daß auf
seiten der deutschen Regierung beständige und vorsätzliche Umgehun-
gen stattfänden. Erschöpfende Berichte über den Fortschritt der Ab-
rüstung und über Verstöße gegen die Abrüstung würden regelmäßig
von der Interalliierten Kontrollkommission des Alliierten Komitees
in Versailles übermittelt, das solche Angelegenheiten der Vorkonferen-
zierung über dem Obersten Rat zur Kenntnis bringe. Die Be-
fugnisse seien im Friedensvertrag festgelegt und könnten nicht
abgeändert werden.

Eine Anfrage wegen Boldt und Dithmar.

London, 28. Februar. (WIB.) Im Unterhause fragte ein Mit-
glied der Regierung, ob die Aufmerksamkeit auf die Tatsache ge-
lenkt worden sei, daß die U-Boot-Offiziere, Oberleutnant Boldt
und Leutnant Dithmar, aus dem Gefängnis entwichen seien
und ob die britische Regierung irgendwelche Erkundigungen bei
der deutschen Regierung über die Umstände dieser Flucht eingezogen
habe und ob die Flüchtigen bisher verhaftet worden seien.
Der Attorney-General antwortete, die britische Regie-
rung habe eine Anfrage und einen nachdrücklichen
Protest an die deutsche Regierung gerichtet. Diese habe die Zu-
sicherung gegeben, daß sie jeden möglichen Schritt getan habe, um
die Wiedererhaftung der Offiziere zu sichern, bisher sei jedoch keine
Mitteilung erfolgt, daß die Offiziere verhaftet worden seien.

allen Völkern der Welt sich fühlbar machen, auch die Forderung in
der ganzen Welt erhoben werde, daß das Versailler Diktat
gründlich revidiert werden muß. Scheidemann wurde häufig
durch großen Beifall unterbrochen und erntete zum Schluß minuten-
langen Beifall.

Bemerkenswert ist, daß die von mehr als 2500 Personen besuchte
Versammlung in der Hauptsache sich zusammensetzte aus akade-
mischem Publikum, Professoren und Studenten, Künst-
lern, Vertretern der Wissenschaft, Politik und der Presse. Auch
der deutsche Gesandte wohnte der Versammlung bei. Die
gesamte dänische Presse mißt der Versammlung eine sehr große Be-
deutung bei und bringt seitenslange Berichte über die Rede.

Die Börse bleibt „fest“.

Trotz des scharfen Rückganges der deutschen
Markt an der New Yorker Börse setzte heute in Berlin das
Geschäft in ausländischen Zahlungsmitteln sehr fest ein. Die
Umläufe waren im Hinblick auf die morgen in Kraft tretende
neue Devisenordnung sehr gering. Die Spekulation
beobachtete größte Vorsicht. Die Kurse waren etwas niedriger
als gestern. Um die Mittagsstunde wurden Dollarnoten
mit 222 1/2 gehandelt.

Auch am Effektenmarkt war das Geschäft nicht allzu leb-
haft. Man wartete nähere Erklärungen über das neue Sach-
leistungsabkommen ab.

Die Fünfländerkonferenz.

St. Frankfurt a. M., 28. Februar.

Die feierlichen Klänge der Goethe-Weche hallten
kaum mehr vernehmlich nach der allehrwürdigen Geschlechter-
stube des Rathauses herüber. Draußen wehte die schwarzrot-
goldene Fahne zu Ehren des Reichspräsidenten, drinnen bli-
ckten die Porträts des Patrierjals auf den Huseigentisch hinab,
an dem sich eine nicht alltägliche Gesellschaft versammelt hatte.
Der Ruhm dieser geschichtlichen Stätte wird sicher nicht ver-
mindert werden durch die dauernde Erinnerung, daß hier die
sozialistische Fünfländerkonferenz getagt hat.

Es braucht nicht lauten Schalls, um diese Konferenz zu
preisen, es genügt ruhige, sachliche Würdigung. Sprechen wir
zunächst einmal von den Teilnehmern. Vertreten war die
englische Arbeiterpartei, deren schon jetzt unbe-
stritten große Bedeutung sich von Wahl zu Wahl in fortgeleg-
tem Wachstum zeigt, die belgische Sozialdemo-
kratie, bis vor kurzem Teilnehmerin an der Regierung-
gewalt ihres Landes, die Sozialistenpartei Frankreichs,
Trägerin von Jaurès' ruhmreichem Erbe, die Sozialistenpartei
Italiens, die bei jeder neuen Krise zur Teilnahme an der
Regierungsgewalt lebhaft umworben wird, schließlich die
ganze deutsche Arbeiterbewegung von der
Sozialdemokratie bis weit nach links hinüber zu den kommu-
nistischen Splintern. Dem neben SPD. und USP. hatte sich
sogar auch die in Liquidation befindliche Gruppe Levi
eingefunden und war mit bemerkenswerter Toleranz zuge-
lassen worden.

Es ist sicher keine Uebertreibung zu sagen, daß diese Ver-
sammlung eine Vereinigung von nicht unbeträchtlichen
Machtfaktoren darstellte. Aber sicher ist es auch richtig,
daß in dem Bestreben, soviel wie nur möglich auf einmal zu
erfassen, eine große Gefahr lag. Zeichen der Zeit bleibt es,
daß eine so gemischte Gesellschaft von Propheten und Welt-
färgern, Ministern a. D. und Spartaisten a. D.
überhaupt zusammentreten und drei Tage lang beisammen
bleiben konnte, ohne mit lautem Knall aufzuspringen. Das ist
das Zeichen der wachsenden Beruhigung und Einsicht auf der
Linken, daß man mit den angeblichen Arbeiterverrättern von
gestern wieder als mit Genossen beisammensitzt und sich mit
ihnen unterhalten kann, ohne ihnen ins Gesicht zu springen.
Man spricht aber manchmal immer noch verschiedene
Sprachen, und uns war das Englisch Tom Shaws, das
Französisch Vandervoeldes, Blums, Auriols mitunter besser
verständlich als das Deutsch der Levi und Rosenfeld.

Der Weg zu dieser bedeutungsvollen Konferenz führte
über eine Vereinbarung der Exekutiven von 2 und 2 1/2. Die
Zweite Internationale wünscht enge, dauernde Verbindung
mit der Wiener Arbeitsgemeinschaft, die ihr besonders deshalb
wertvoll ist, weil jene die französische Sozialistenpartei
in sich beherbergt. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft, die sich
nicht gern die Zweieinhalbte nennen hört, beweist dennoch
ihren zwischen Zwei und Drei stehenden Charakter, indem sie
sich an den theoretischen Standpunkt klammert, sie verkehre
mit der Dritten Internationale, der Moskauer, ebenso gerne
wie mit der Zweiten, der Londoner. Dieser Standpunkt ist
wirklich nur theoretisch, denn in der ganzen „Zweieinhalbten“
herrscht gegen alles, was mit Moskau zusammenhängt, töd-
licher Haß. Die Zweite Internationale sieht der Dritten viel
ruhiger und objektiver gegenüber, da ihre Parteien unter der
kommunistischen Zerstörungsarbeit viel weniger gelitten haben.
Die Wiener Arbeitsgemeinschaft glaubt dennoch, gegen den
Vorwurf, sie habe sich den Londonern in die Arme geworfen,
eine Deckung zu brauchen, und sie findet sie in dem Verlangen
nach einer Konferenz, die alle drei, also auch die Mos-
kauer, Exekutiven umfaßt.

Paris ist eine Messe wert. Um die internationale Zu-
sammenarbeit mit den französischen Genossen zu ermöglichen,
hat sich die Exekutive der „Zweiten“ bereit erklärt, sich unter
gewissen Voraussetzungen mit den Moskauer zu begegnen.
Praktische Resultate von einer solchen Begegnung zu erwarten,
wird jedoch kein Optimist optimistisch genug sein. Gewiß, der
Kommunismus befindet sich in einer rasenden Entwicklung,
die sich mit Elzuggeschwindigkeit nach rechts bewegt und
von der niemand genau weiß, wo und wie sie enden soll. Aber
gerade darum müssen Verhandlungen und Abmachungen mit
ihm unfruchtbar bleiben, denn wie soll einer zu seinen Worten
stehen, der mit sich selber noch nicht fertig ist? In Rußland
hat der dort herrschende Kommunismus die Befreiung aller
Volksrechte, die Unterdrückung der freien Meinung, die Zügelung,
Einkerkerung, Verbannung Andersdenkender nur um ihrer
Ueberzeugung willen, kurz alle Scheußlichkeiten, die ein Zaren-
hirn erfinden kann, mit dem sittlichen Endzweck verteidigt, dies
alles sei notwendig, um den Kapitalismus zu ver-
nichten, das Proletariat zu befreien. Indem Moskau mit
dem Weltkapital Frieden machte, hat es seinen sittlichen End-
zweck aufgegeben, und nur die Scheußlichkeiten sind übrig
geblieben. Die deutschen, englischen, belgischen Sozialisten
würden es sich nicht nehmen lassen, bei einer Konferenz der
drei Exekutiven offen über diese Dinge zu reden, und wir fügen
hinzü: in der offenen Aussprache über diese Dinge läge der
einzige mögliche Zweck einer solchen Konferenz.

Die Aufgabe der Frankfurter Fünfländerkonferenz war eine ganz andere. Nicht Streit war ihre Lösung, sondern gemeinsame Arbeit im Dienst des schaffenden Volkes, Diskussionen wurden geführt, nicht um den anderen logisch und moralisch zu vernichten, sondern um ihn zu überzeugen und gemeinsam mit ihm möglichst positive, möglichst praktische Ergebnisse zu erzielen.

Wir dürfen diese Methode für die Zweite Internationale reklamieren, stellen aber mit Freude fest, daß sich auch die Wiener Arbeitsgemeinschaft ihr beträchtlich genähert hat. Besonders mit den französischen Genossen gestaltete sich das Zusammenarbeiten ganz ausgezeichnet, es gab zwischen Deutschen und Franzosen keinen Streit, ja kaum bemerkbare Meinungsverschiedenheiten. Und den Augenblick, in dem sich die deutsche Sozialdemokratie mit der französischen Sozialistenpartei in gegenseitigen Besprechungen brüderlicher Gesinnung begegnete, darf man ohne Uebertreibung als einen geschichtlichen bezeichnen.

Die internationale sozialistische Zusammenarbeit zwischen London, Berlin und Paris ist durch die Frankfurter Konferenz wiederhergestellt. Darin liegt ihre große Bedeutung. In den Entschliessungen über die Wiedergutmachung und die Entwaffnung sind die Richtlinien festgelegt, auf denen sich die gemeinsame Aktion bewegen soll. In Deutschland Fortsetzung der Politik, die man mit einem Schlagwort als die „Politik der verlusteten Erfüllung“ zusammenfaßt, in Frankreich, England, Belgien, Italien Kampf für die Zurückziehung der Truppen aus dem besetzten Gebiet und für die Beschränkung der deutschen Reparationspflicht auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Der Mut, mit dem die Sozialisten der Siegerländer den Ansprüchen ihrer Nationalisten entgegengetreten, ist bewundernswert. Und die Bedeutung der angenommenen Entschliessungen wird durch den Umstand erhöht, daß sie nicht von weisfremden Träumern und Schwärmern gefaßt sind, sondern von sozialistischen Realpolitikern, daß sie nicht der Ausdruck einer idealen Gesinnung einflussloser Minderheiten, sondern das praktische Kampfziel einflussreicher Parteien sind.

Es folgt daraus ein weiteres: Wenn nüchterne Politiker solche Ziele aufstellen, dann tun sie es in dem Bewußtsein, daß sie für ihre Ideen in ihren Ländern einen fruchtbaren Boden finden. Die Beschlüsse von Frankfurt sind ein Zeichen für das gewaltige Wachstum einer Bewegung, die zum wirklichen Frieden und wirtschaftlichen Aufbau Europas strebt.

Auf diesem Weg ist Frankfurt ein tausend Schritte voraus. Aber war es nicht auch schon ein weiter Weg von Versailles über Cannes nach Genäva? Die Entwicklung ist mit uns, Frankfurt zeigt ihr das Ziel.

Die Beschlüsse dieser Fünfländerkonferenz waren ein würdiger politischer Akt der Frankfurter Goethe-Woche. Denn aus ihr spricht der Geist eines neuen Weltbürgertums; das die nationalen Kulturwerte aller Völker umfaßt, hochachtet und erhält. Sie verkünden die Ueberwindung des nationalistischen Ungeistes, dem niemand ferner und fremder gegenüberüberstand als der größte Deutsche, dessen Geburtsort England, Franzosen und Belgier mit scheuer Ehrfurcht betreten.

„Wir heißen euch hoffen!“

Die 14 Punkte.

In der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ ist in der Resolution der Sozialistischen Fünfländerkonferenz über den Wiederaufbau Europas der entscheidend wichtige Punkt 3 infolge eines telephonischen Uebermittlungsfehlers verstümmelt wiedergegeben. Wir wiederholen ihn daher in dem richtigen Wortlaut:

Annulierung und internationale Uebernahme derjenigen Lasten, die Deutschland in bezug auf die Kriegspensioen aufgebürdet wurden, in Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten, die beiderseits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen waren.

Der deutsche „Barbier von Bagdad“.

Neu einstudiert in der Staatsoper.

Ein deutscher Liederkomponist hat diese komische Oper geschrieben, mit Duetten, Trien, stimmungsvollen Chören, feingegliederten Ensembles, geschickten Kontrapunkten. Ebenso deutsch wie lyrisch. Der Humor ist ohne Würze, ist herb, literarisch gemacht, nicht quellend wie eine französische Fontäne, er versteht sich zum Teil in grobem Witz und zum andern hat er das hemmende, die Handlung ausschließende Element in sich, das den geschwägigen Barbier zu einem langatmigen Abdul Hassan Ali Ele Belar macht. Die ganze Aktion ist ein durch Schweiß verzerrtes, durch den Schwächer zuletzt gefördertes Liebesverhältnis. Nirgends sind Wiederholungen so gefährlich wie in der Pointe, im Witz, im narrischen Spiel. Cornelius aber unterstreicht diese wirklich humorigen Dinge wie die Erzählung von den sechs Brüdern, vom Töten der Liebe die und rot. So läßt man nicht mehr, man horcht nur noch gefällig auf literarische Einfälle und findet die Lustigkeit trocken. Die Reizheit und Laune wird physisch, aber die musikalischen Dinge um diese Flachheit herum sind eitel Freude, Schönheit, feinstes Erfinden. Die zwei Duvertüren, das Margiana-Lied, das geschwollene Selbstporträt des Barbiers, der Schlußchor des ersten Aktes, das Liebesduett — herrliche Nummern eines gewächst vornehm, liebenswert gemachten Franzosen von Blumen und von Duft. Aber ohne Handlung, ohne treibende Grundkraft, ohne den Vorwärtsdrang des Dramatikers. Die Einaktigkeit, die Komprimierung des letzten Drittels könnte vieles retten; die Duvertüre vor dem zweiten Akt, der ja schon ein einführendes Vorspiel hat, müßte fortfallen oder an die Spitze treten, und manche instrumentale Dürre, manche verstreute Dumpfheit müßte durch die sinnlichere, süßigere Fassung von Motifs ersetzt werden. Diese beiden Häuser hatten die Buffa-Oper ganz und gar in den Lobengrün-Saal hineingearbeitet, willkürlich, selbstherrlich, lehrerhaft und wagnerisch. Aber ein wenig von ihrem Schweiß und Schmutz könnte wiederkommen, ohne die Lustigkeit, Reiztheit, Grazie Corneliuscher Faktur zu zerstören. Die Bayreuthische Bearbeitung brachte einst dem Unglücksverurteilten Erfolg, die Urform zeigt philosophisch und ästhetisch Unzureichendes, nicht bei köstlicher Erquickung musikalischer Seelen. Der Kompromiß zwischen Schönheit und Bearbeitung wird nicht zu umgehen sein.

Den vollen Saft der Barbiergefäß brachte Spiel und Haltung des bahngewaltigen Karl Braun nicht heraus; doch war er in seinen Mitteln klug, ausdrucksvoll, überlegen. Der neue Tenor Björn Falken hat Glanz, Heiligkeit, Kraft in der Stimme. Sein ungelinktes Spiel wird er überwinden. Die Margiana der Frau Hedemann-Bekendorf wäre auch in der Schüchternheit des Liebesliebes erfreulich gewesen, wenn sie nicht von der Ras-

Zur Vorgeschichte dieses bedeutungsvollen Beschlusses sei an folgendes erinnert: In seinen berühmten 14 Punkten vom 8. Januar 1918 hatte Präsident Wilson in Punkt 7 und 8 die Wiederherstellung Belgiens und des von deutschen Truppen besetzten französischen Gebietes gefordert. Nach dem militärischen Zusammenbruch hat die deutsche Regierung Wilson, Frieden und Waffenstillstand zu vermitteln und sie erklärte als Grundlage der Verhandlungen, die 14 Punkte annehmen zu wollen. In der Antwort, die Wilson nach Befragung der Ententemächte der deutschen Regierung erteilte, wurde gesagt, die Wiedergutmachungspflichten seien so zu verstehen, daß die der Zivilbevölkerung zugefügten Schäden wieder gutzumachen seien.

War dies schon eine Erweiterung der in den 14 Punkten formulierten Wiedergutmachungsverpflichtungen, so ging dann der Friedensvertrag über all das weit hinaus, indem er in seinem berühmten Artikel 231 erklärte, daß Deutschland als Alleinschuldiger des Krieges für alle Schäden verantwortlich sei, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen im Kriege erlitten hätten. Es wurde im Friedensvertrag zugestanden, daß Deutschland alle diese Lasten zu tragen nicht in stande sei, es wurde ihm jedoch auferlegt, nicht nur die zerstörten Gebiete von Belgien und Frankreich wiederherzustellen, sondern auch den gegen Deutschland kriegführenden Mächten für die von diesen gezahlten Kriegspensioen und Familienunterstützungen Entschädigungen zu leisten. Diese Bestimmungen des Friedensvertrages stehen in trassem Widerspruch zu dem Vorvertrag, der bei den Waffenstillstandsverhandlungen geschlossen wurde; sie stellen also einen trassen Vertragsbruch dar.

Dieser Standpunkt ist seit Ueberreichung des Friedensvertragsentwurfes in Versailles von allen deutschen Regierungen konsequent festgehalten worden, ohne daß die Ententeregierungen auf ihn eingegangen oder hinreichende Rechtfertigungsgründe angeführt hätten. Durch den Beschluß der Fünfländerkonferenz von Frankfurt ist nunmehr die Tatsache geschaffen, daß große einflussreiche Parteien der Ententeländer den Einspruch Deutschlands für berechtigt erklären und den von der Entente begangenen Vertragsbruch als solchen anerkennen. Die Bewegung für die Revision des Friedensvertrages und die Beschränkung der deutschen Lasten auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete — eine Verpflichtung, die unsäglich in einer Reichstagsrede sogar von deutschnationalen Grafen Westarp zugestanden wurde — erfährt damit eine außerordentlich bedeutungsvolle Förderung.

Die vergeßliche „Zeit“.

Die volksparteiliche Presse ist plötzlich stolz geworden. Sie erklärt, von der großen Koalition nichts wissen zu wollen. In der „Zeit“, dem Berliner volksparteilichen Organ, lesen wir:

Die große Koalition ist, was die Öffentlichkeit immer noch zu übersehen beliebt, in der letzten Woche zweimal von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden und damit aus dem Bereich der Tatsachen ausgeschlossen. Für die Deutsche Volkspartei kommt deshalb, wie hier immer wieder betont worden ist, eine neue Verhandlung über die Koalition solange nicht in Betracht, als ihr der Wunsch nach solchen neuen Verhandlungen nicht von allen drei anderen Parteien entgegengebracht wird.

Wir nehmen das gern zur Kenntnis und gedenken des Fuchses, dem die Trauben zu sauer dünkten, als er sie nicht erreichen konnte. Nur sollte sich die „Zeit“ hüten, wie sie es im weiteren tut, die Tatsache als „Legende“ hinzustellen, daß die Deutsche Volkspartei nach Einbringung ihres Mißtrauensvotums versucht hat, mit den anderen Parteien wegen einer neuen Erörterung der großen Koalition Fühlung zu bekommen. Wir erinnern uns eines Blattes, das gleich am Morgen nach dem mißglückten Versuch, das Kabinett Wirth zu stürzen, folgendes schrieb:

Die Regierung Wirth kann weiterregieren; aber sie wird aus den Vorgängen der letzten Tage hoffentlich allerhand Nützliches ge-

kultur einer Arndt-Ober ganz verdeckt worden wäre. Stiedro hat literarisch bearbeitend und dirigierend hervorragenden Anteil an der Ausführung und ihrem Erfolg. Mit Recht wurde die zweite Duvertüre ostentativ beklatscht. Sie ist das schönste Stück des an Melodie so reichen Wertes, und nur mit Behmut nimmt man alle paar Jahre von einer komischen Oper Abschied, die solche edlen Lustspiele aufweist. Sie hat das Unglück, hundertfältig verbessert zu sein. Die letzte Verbesserung steht noch aus. Das unwagnerischste Werk der nachwagnerischen Periode wird immer wieder aufstehen als Befehnis eines deutschen Musiklers zu breitem, allzu breitem, nicht künzelnem, sondern stampfendem Humor, und jede Nachwelt wird wiederum Verbesserungsvorschläge machen. Der Liedersänger Cornelius sei gepriesen in Ewigkeit. Kurt Singer.

Die neuen deutschen Münzen. In der Berliner Münze sind jetzt die Vorbereitungen für die neuen Geldstücke im Gange, deren Entwurf mit dem Adler auf der Rückseite Josef Wackerle in Zusammenarbeit mit dem Reichskunstwart Dr. Edwin Redtsch geschaffen hat. Wenn der von Stegmund v. Weech für die neuen Reichsriegel und -stempel geschaffene Adler als Ideal einer graphischen, dem Schriftbilde sich anpassenden Lösung gelten kann, so wird der Adler von Wackerle im höchsten Maße den Anforderungen der Plastik und der Prägetechnik gerecht. Der Reiz seines Entwurfes liegt in der Gestaltung der Schwingen, die kurz vor dem letzten Ausbreiten so gehalten sind, daß die Kraftanspannung des stolzen Tieres und damit das Gefühl der Stärke voll zum Ausdruck kommt. Es ist eine handwerklich echte Lösung, deren Verbreitung dem Arbeitsprogramm des Reichskunstwarts, eine unbemerkte Kunstszierung zu erreichen, voll entspricht. Auf der anderen Seite der Münze wird die Wertbezeichnung, über deren Höhe in Wahl die Entscheidung noch nicht spruchreif ist, in einer klaren, für Prägedarstellung geeigneten Antiqua gegeben.

Der Junge hat geraucht. Ein Straßenauflauf. Die Menschen ballen sich zusammen. Ein neugieriger Straßenbahnkassierer eilt seinem Wagen nach, der plötzlich mit dem Führer davonfährt. Andere Menschen drängen sich neu hinzu.

In der Mitte steht ein Beamter der Schutzpolizei. In der Hand ein Notizbuch, vor ihm ein zwölfjähriger Junge. Von hinten redt drohend ein Mann in einer Arbeitsbluse den Arm und ruft empört:

„Jetzt mißt sich die Polizei auch noch ein, wenn ein Junge mal raucht!“

Ein sehr würdiger Herr Kopft den Beamten lobend auf die Schultern und äußert sich, daß bei dem mangelnden Erziehungswillen der Eltern die Zuchtlosigkeit der Jugend nur auf diese Art bekämpft werden könne.

Andere Zuschauer diskutieren mehr über die theoretische Seite, ob das Rauchen für die Jugend so schädlich sei, daß die Polizei sich selbst in dieser Frage mobil macht.

Ein anderer, der die Familienverhältnisse des Knaben kennen muß, weist darauf hin, daß seine Mutter arbeiten muß, da der Vater im Felde ist. Es fehle nur die Zeit für die Erziehung des Jungen.

lernt haben. Zunächst dürfte auch Herr Dr. Wirth sich in die klare Erkenntnis eingearbeitet haben, daß Sicherheit und Stetigkeit der Regierung sich nur auf breiterer Basis errichten läßt, als er sie ihr bisher gegeben, und daß er eine Partei, die sachlich mitzuarbeiten gewillt ist, auch wenn sie nicht in der Regierung sitzt, nicht wie eine verpflichtete Hülfstruppe zu behandeln hat, die mitzutaten, aber „mit tau seggen“ hat.

Das Blatt, das dieses schrieb, war — die volksparteiliche „Zeit“. Wenn sie jetzt ihre damalige Haltung als legendär erklärt, so beweist sie nur, daß sie ihren Namen mit Recht führt, nämlich insofern, daß die Zeit — vergeßlich macht.

Volkspartei und Zwangsanleihe.

Das Finanzministerium erklärt: Die in der Abendausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Montag, den 27. Februar 1922, unter der Ueberschrift „Das Steuerkompromiß“ enthaltene Auslassung über die Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit Vertretern der Deutschen Volkspartei entspricht nicht der Tatsache.

Dr. Hermes hat keinerlei Mitteilung über eine zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten erfolgte Einigung über das Mantelgesetz gemacht und war dazu auch gar nicht in der Lage, da eine solche Einigung über die endgültige Fassung des Mantelgesetzes noch gar nicht vorliegt. Ebenfalls hat er in dieser Besprechung von Differenzen zwischen den beiden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie hinsichtlich des Zeitpunktes der Erhebung der Zwangsanleihe gesprochen. Er hat nur darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen darauf bestche, noch im laufenden Jahre Mittel aus der Zwangsanleihe flüssig zu machen, daß dies aber nach Ansicht des Finanzministeriums nur geschehen dürfe unter Vermittlung einer neuen unerträglichen Belastung der Finanzämter. Er hat deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das ganze Problem darauf hinausläufe, unter Sicherstellung der Sanierung der Finanzverwaltung doch einen größeren Betrag schon in diesem Jahre aus der Zwangsanleihe herauszuholen. Er hat die Vertreter der Deutschen Volkspartei besonders gebeten, diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu schenken, und Vorschläge in dieser Hinsicht zur künftigen Beratung erbeten.

In dieser Besprechung ist im übrigen die Frage der von der Deutschen Volkspartei verlangten sachlichen und persönlichen Garantien, sowie einer etwaigen Koalitionserweiterung überhaupt von keiner Seite erörtert worden.

Springende Kohlenpreise.

Der Reichskohlenverband und der große Ausschuh des Reichskohlenrates haben gestern die folgenden Preis-erhöhungen beschlossen:

Für Ruhrkohle auf der Basis von 100 M. ohne Steuer (entsprechend 133,55 M. mit Steuer) für Fettsäurekohle, für niederschlesische Steinkohle im Durchschnitt aller Sorten um 140,00 M. ohne Steuer, für sächsische Steinkohle um 138,00 M. im Durchschnitt aller Sorten mit einem Extrazuschlag für Grubenholz in Höhe von 20 M., also im ganzen 158,00 M. Für Aachener Kohle (Schwelet) um 127,40 M. ohne Steuer.

Für Braunkohle wurden die folgenden Erhöhungen beschlossen: Rheinische Braunkohle um 21,13 M. für Bricketts und um 19,21 M. für Rohbraunkohle, für mitteldeutsche und ostelbische Braunkohle um 87 M. für Bricketts und um 22,50 M. für Rohbraunkohle im Durchschnitt je Tonne ohne Steuer.

Das österreichische Finanzproblem.

Der österreichische Finanzminister trifft heute in London ein. Der Finanzpolitische Ausschuh des Völkerbundes wird dann die Frage der finanziellen Unterstützung Oesterreichs prüfen und regeln können. Wie verlautet, will der Ausschuh folgende Bedingungen stellen: 1. Einstellung des Druckes von Papiergeld, 2. ausgiebigere Besteuerung des Einkommens, 3. Aufhebung der Zuschüsse zur Verbilligung der Mehl- und Brotpreise und 4. eine allgemeine Sanierung der österreichischen Finanzen.

Der Haufen vergrößert sich inzwischen immer mehr. Ich denke daran, wie ich im gleichen Alter dieses Knaben auch das erste Mal heimlich geraucht habe und vom Vater eine tüchtige Portion ungebrannter Asche erhielt. Es war ein ziemlich niederdrückendes Ereignis für mich, das sich im stillen Familienkreise abspielte.

Die Zeiten ändern sich. Um diesen Jungen kümmern sich neben dem Schutzpolizisten jetzt schon die zweitausend Menschen.

Er hört ihre Reden über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Rauchens bis hinauf zu den Fragen der Tätigkeit der Polizei, nur weil er geraucht hat. Morgen sieht es schließlich in der Zeitung. Er wird zum Helden.

Die Zeiten ändern sich. P. I.

Sehen mit der Nase. Die außerordentliche Verfeinerung der anderen Sinnesindrücke, die sich allmählich bei den Blinden herausbildet, ist zwar allgemein bekannt; es ist aber interessant, die Befehnisse eines Blinden zu hören, der in einem englischen Blatt davon spricht, wie er „mit der Nase sieht“. „Der Geruchssinn wird beim Blinden besonders scharf“, schreibt er, „und wir benutzen ihn ganz instinktiv zu den Zwecken, für die der normale Mensch ganz natürlich seine Augen gebraucht. Besonders hilft uns der Geruch, uns einen Sinn für die Verlässlichkeit zu schaffen, und ermächtigt uns, in einer Begend, in der wir ziemlich zu Hause sind, den Weg ebenso leicht und sicher zu finden, wie wenn wir die Umwelt mit den Augen sehen könnten. Die Nase hat es deshalb verhältnismäßig leicht, weil es nicht zwei Straßen gibt, die denselben Geruch haben. Jedermann kann ja am Geruch erkennen, ob er sich auf einer Bahnhafion, in einem Fleischer- oder Gemüseladen befindet. Die scharfe Nase des Blinden empfindet nun diese Unterschiede in außerordentlich verstärkter Weise und vermag auch noch viel feinere Nuancen aufzufassen, die dem normalen Geruchssinn verschlossen sind. Nicht nur jede Straße hat ihre besondere Geruchssphäre, sondern auch die verschiedenen Teile derselben Straße, ja die einzelnen Häuser haben ihre bezeichnenden Gerüche, und so wech der Blinde in einer Straße, durch die er oft kommt, nach dem Geruch bei jedem Hause anzugeben, wo er sich befindet. Zum Erkennen von Menschen ist der Geruchssinn für den Blinden ebenfalls unschätzbar. Abgesehen von dem besonderen Geruch einer Zigarre oder einem besonderen Parfum sind es sehr viel feinere Nuancen, an denen er den Menschen erkennt. Ich erinnere mich des Erstaunens einer bekannten Dame, der ich bei einer Begegnung auf der Straße sagte, sie hätte nicht daselbe Kleid an wie neulich, da ich sie traf. Sie konnte sich gar nicht denken, woher ich das wüßte. Aber es ist ganz einfach. Jeder Stoff hat einen bestimmten Geruch, und mit ein wenig Erfahrung kann der Blinde mit der Nase lesen, ob jemand Wolle, Seide oder Samt trägt.“

Bruno G. Bärgele hält Donnerstag, den 2. März, abends 8 Uhr, einen öffentlichen Vortrag im Langensiedelhaus, Lützenstraße 68, über „Das Rätsel Welt“.

Der „Niederdeutsche Bund“ hat seine Geschäftsstelle jetzt Hamburg 8, Gröningerstr. 30 III. Der Geschäftsstelle ist ein Archiv angegliedert, das alle Veröffentlichungen zu niederdeutschen Sache sammeln wird.

Ungerechtfertigte Forderungen Polens.

Genf, 28. Februar. (W.Z.) Die seitliche Rundgebung der polnischen Abordnung in der Schweizer Presse zu der Liquidationsfrage hat hier einiges Aufsehen erregt. Ein Zufall will es, daß eine gerade heute durch den Völkerbund erfolgte Veröffentlichung des Altentmaterials über den Beschluß vom 20. Oktober 1921 in unzweifelhafter Weise die polnische Liquidationsforderung widerlegt. Das Völkerbundsekretariat teilt nämlich in seinem „Journal Officiel“ Nr. 10—12 den vollständigen Wortlaut seines Berichtes mit, den es am 12. Oktober 1921 an den Obersten Rat richtete und den die Völkerbundkonferenz am 20. Oktober zum endgültigen Beschluß erhob, sowie auch den vollständigen Text der einleitenden Empfehlung des Völkerbundesrates, in der die maßgebenden Grundzüge für den Beschluß und insbesondere für das deutsch-polnische Abkommen dargelegt werden. Aus diesen Grundzügen geht zweifelsfrei hervor, daß der Beschluß der Völkerbundkonferenz eine Liquidation des deutschen Besitzes absolut ausschließt. Es heißt dort nämlich, daß die für die Uebergangszeit zu treffenden Maßnahmen den Zweck haben, das Weiterbestehen des wirtschaftlichen Lebens im geteilten Industriegebiet zu sichern, und daß zu den Maßnahmen, die hierfür notwendig sind, alle solche Maßnahmen gehören, die die Erhaltung des Privatbesitzes gewährleisten und der an Polen fallenden Industrie ihre alten Absatzgebiete sichern. Hierin steht der Völkerbundrat eine der wesentlichen Aufgaben des deutsch-polnischen Abkommens.

Der Fall „Tubantia“.

Berlin, 28. Februar. (W.Z.) Die auf Grund einer bereits während des Krieges getroffenen Vereinbarung zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung unter Vorsitz des Altbundesrats Hoffmann in Haag zu Anfang dieses Jahres zusammengetretene internationale Untersuchungskommission zur Feststellung der Ursache des am 16. März 1918 erfolgten Unterganges des niederländischen Dampfers „Tubantia“ hat am 27. Februar ihren Spruch verkündet. Die Kommission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die „Tubantia“ durch ein Torpedo, das durch ein deutsches U-Boot lanciert war, gesunken ist. Ob die Torpedierung willkürlich oder infolge eines Irrtums geschehen ist, wurde als unentschieden erklärt.

Anmerkung des W.Z.: Die Untersuchungskommission hatte lediglich die Aufgabe, den Tatbestand festzustellen. Eine Stellungnahme zu dieser Frage wird erst möglich sein, wenn der Spruch im Wortlaut vorliegt.

Das Aufbau-Syndikat.

London, 28. Februar. (W.Z.) Der Bericht des Organisationsausschusses der zentralen internationalen Korporation und der nationalen Korporationen über die Ergebnisse der Konferenz, die in der letzten Woche in London stattfand, besagt: Die Konferenz, an der Vertreter Groß-Britanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Dänemarks sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, verpflichtete die Illustrierten dazu, Anstrengungen zur Schaffung von nationalen Korporationen in verschiedenen Ländern zu unternehmen.

In London soll eine zentrale internationale Korporation errichtet werden. Der Hauptzweck der Korporation wird sein, die Prüfung der Gelegenheiten zu Unternehmungen im Zusammenhang mit dem europäischen Wiederaufbau und die Unterstützung bei der Finanzierung deutscher Unternehmen. Die Politik der Korporation wird sein, wo dies möglich ist, mit anderen Unternehmungen zusammenzuwirken und nicht zu versuchen, irgendein Monopol zu schaffen.

Es ist beabsichtigt, die nationalen Korporationen soweit wie möglich zusammenzulegen zu lassen, und zwar unter der Kontrolle der zentralen internationalen Korporation, von der alle diese nationalen Korporationen Anteilscheine besitzen sollen und in deren Leitung sie alle vertreten sein werden. Um dies zu erreichen, wird ein Uebereinkommen zwischen allen Korporationen auf der Grundlage eines von der Konferenz gebilligten Entwurfs abgeschlossen werden.

Die Konferenz genehmigt ein Memorandum und die Statuten der geplanten britischen nationalen Korporationen, die die Grundlage für die Bildung der verschiedenen nationalen Korporationen sein werden.

Das Gesamtkapital der nationalen Korporationen wird auf 20 Millionen Pfund Sterling festgesetzt, von denen 25 Proz. sofort eingefordert werden sollen. Zur Erhebung dieses Kapitals werden, wo dies notwendig ist, Regierungsgarantien verlangt werden. Das Anfangskapital der zentralen internationalen Korporation wird zwei Millionen Pfund Sterling betragen und wird in der Weise beschafft werden, daß die nationalen Korporationen etwa 10 Proz. ihres Stammkapitals zeichnen. Es wird vorgeschlagen, daß die zentrale Korporation von den englischen Steuern freibleibt.

Folgende Länder wurden eingeladen, 20 Proz. der Gesamtsumme und 20 Millionen Pfund, die erhoben werden sollen, zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien. Man kam überein, daß die folgenden Länder ebenfalls zur Teilnahme eingeladen werden sollen: die Vereinigten Staaten, Japan, Dänemark, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei.

Die Delegierten waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Korporationen nicht mit oder in irgend einem Lande Geschäfte betreiben sollen, das nicht alle Schulden und Verpflichtungen anerkennt, die früher von dem Staat eingegangen wurden bzw. später eingegangen werden; desgleichen die Verpflichtung, alle ausländischen Werte zurückzuerstatten bzw. für Verlust zu entschädigen, der ihnen durch Beschlagnahme von Eigentum zugefügt wurde, außerdem mit keinem Lande, das nicht durch ein gesetzliches System Handel und andere Verträge mit Unparteilichkeit rechtlich schützt oder erzwingt und das keine Sicherheiten für den Handel bietet.

„Times“ schreibt zu obiger Veröffentlichung, daraus sei ersichtlich, daß die Delegierten auf der Konferenz Rußland von dem Pakt ausgeschlossen hätten. Als praktische Geschäftsleute seien sie dazu verpflichtet gewesen.

„Daily Chronicle“ sagt, das Memorandum und die Statuten der geplanten britischen Korporation bildeten einen Hinweis auf den Umfang der Aufgaben, die die nationale Korporation vielleicht übernehmen werde. Darunter befinden sich der Bau von Eisenbahnen und Hotels, Docks, Bewässerungswerken, Schiffen, Straßenbahnen, Häfen, elektrischen Werken sowie Urbarmachungsarbeiten. Unter den anderen Aufgaben, die sich die Korporationen stellen, sei die Ausrüstung von Geld gegen Sicherheiten und überhaupt die Führung von Bankgeschäften vorgesehen.

Ausbau der amerikanischen Handelsflotte. Wie aus Washington gemeldet wird, wird der Präsident Harding dem Kongreß vorschlagen, daß jedes Jahr etwa 30 Millionen Dollar von den Zollrückläufen abgezogen und zur Unterstützung der Handelsmarine verwendet werden sollen.

Der Hauswirt baut, der Mieter zahlt.

Im „Grundbesitz“, dem Organ des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, werden Handwerker und andere Hauslieferanten aufgefordert, wieder fleißig zu infizieren, da jetzt die Hausbesitzer durch die großen Summen, die die Mieter auf Grund des § 10 der Höchstmietenerordnung für weit zurückliegende und kommende Reparaturen zahlen müssen, in der Lage seien, Aufträge zu vergeben.

Wie verlodert viele Häuser sind, ist bekannt. Ob die Hauswirte wirklich nicht in der Lage waren, die notwendigsten Erneuerungen ohne Spekulation auf die Taschen der Mieter vornehmen zu lassen, kann bezweifelt werden. In Mieterkreisen und Mietervertretungen wird nun folgendes noch zu wenig beachtet: Auch bei Erstattungen von Reparaturkosten wird vorläufig alles durch Zuschläge geregelt. Solange also das Reichsmietengesetz, dessen dritte Fassung im Reichstage kurz bevorsteht, noch nicht Gesetzkraft erhalten hat, gilt die Höchstmietenerordnung, wonach der auf die Mieter umzuliegende Reparaturkostenzuschlag 15 Proz. der Grundmiete, also ohne Hinzurechnung sonstiger Zuschläge zur Grundmiete, nicht übersteigen soll. Auf freiwillige Zahlung höherer Anteile sollten sich die Mieter nicht einlassen, zumal mit Sicherheit schon für April auf eine neue Heraushebung des Höchstmietenzuschlages von 70 Proz. auf 90—100 Proz. der Grundmiete zu rechnen ist. Das Reichsmietengesetz wird la allerdinge wohl die Norm des 15prozentigen Reparaturkosten-Höchstzuschlages leider fallen lassen und die Höhe dieses Zuschlages abhängig machen von den Hausverhältnissen im Einzelfall. Ferner ist klar zu unterscheiden zwischen laufenden unbedingt notwendigen Instandsetzungsarbeiten und solchen größeren oder kleineren Arbeiten, die nicht unbedingt notwendig sind und den Wert des Hauses steigern. Will also beispielsweise ein Hauswirt die noch auf erhaltene Fassade streichen lassen, einen Hofgarten anlegen, elektrische Beleuchtung einführen, das Dach umdauen usw., so sind das nicht bloße Reparaturen, sondern Meliorations(Verhönerungs)Arbeiten, von denen beim Verkauf des Hauses sein Besitzer den Geldvorteil hat. Alle solche Kosten sind aus Erstattungsanträgen glatt wegzustreichen.

Der Mordplan eines Oberleutnants.

Der Plan der mordbereiten Schließenschen Bermandtschöffen hat einen ehemaligen Oberleutnant Hans Rehbold aus Dresden, der sich ebenfalls in finanzieller Bedrängnis befand, offenbar dazu angeregt, ein ähnliches Stück zu arrangieren. Rehbold, der zur Ermordung seiner Schwiegermutter, der Witwe eines Brauereibesitzers in Dresden-Briesnig, sich einen Komplizen gedungen hatte, wurde verhaftet, als er auf das verabredete Zeichen vom gelungenen Morde nach der Villa seiner Schwiegermutter gehen wollte.

Rehbold hatte seinem Spießgesellen den Schmutz seiner Schwiegermutter im Werte von mindestens einer Viertelmillion Mark und 100 000 Mark in bar versprochen, wenn er mit ihm nach Dresden fahre und dort den Plan zur Durchführung bringe. Der Beauftragte konnte aber nicht schweigen und so erfuhr die Kriminalpolizei in Berlin von der Angelegenheit. Die Kriminalpolizei in Dresden konnte feststellen, daß alle Vorbereitungen Rehbolds, der für den Tag des Mordes den 25. Februar schon vor Wochen festgelegt hatte, planmäßig weitergingen. Rehbold hatte mit seiner Schwiegermutter am Sonnabend abend gemeinsam mit seiner Frau ein Kino aufgesucht. Dann brach die alte Dame nach ihrer in der Weißener Straße in Dresden-Briesnig gelegenen Villa. Im Garten war der gedungene Mörder versteckt, der die Frau in dem dunklen Gang überfallen und ihr die Kehle durchschneiden sollte. Rehbold ging mit seiner Frau nach Hause, konnte jedoch wohl die Unruhe nicht bemerken und hat sich auf den Weg gemacht, um nochmals das Haus der Schwiegermutter aufzusuchen. Als er seine Wohnung verließ, wurde er von den ihn erwartenden Kriminalbeamten verhaftet. Die Frau Rehbolds hat von dem Mordplan nichts gewußt. Rehbold wurde nach Berlin gebracht und wird hier einem Verhör unterzogen werden.

Wie man Geschäfte macht.

Die Geschäfte des betriebsamen Herrn Weber-Robine beschaffen sich immer die Kriminalpolizei. Veranlassung dazu gab bekanntlich seinerzeit der Selbstmord des Fräuleins Müller-Helsing aus der Pfalzburger Straße zu Wilmersdorf. Das Mädchen war als Okkultistin Schülerin Weber-Robines. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung dieser Angelegenheit sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen, mit dem Ergebnis, daß weder vom medizinischen noch vom juristischen Standpunkt Weber-Robine etwas Tadelhaftes nachzuweisen ist. Der Selbstmord und der Verdacht, den er hervorrief, veranlaßten aber die Kriminalpolizei weiter, sich auch mit der früheren Tätigkeit Weber-Robines, insbesondere mit seinen vielen Gründungen, eingehend zu beschäftigen. In Betracht kam zunächst im Anschluß an den Selbstmord des Fräuleins Müller-Helsing der Orden der Okkultisten. Hier hat man den Eindruck gewonnen, daß es sich auch bei dieser Gründung um ein reines Geschäftsunternehmen handelt, das mit Wessenshalten nichts zu tun hat. Die praktischen Versuche auf diesem Gebiet sind vollständig mißglückt. Der Orden der Okkultisten und auch mehrere seiner Tochtergesellschaften firmieren auch wie Geschäftsunternehmungen, 3 B als eingetragene Genossenschaften mit beschränkter Haftung, aber von einer gerichtlichen Eintragung ist nirgends etwas festzustellen gewesen. Ein Geschäftsraum des Okkultistenordens und seiner Tochtergesellschaften, mit zum Teil hochtrabenden Namen, wie Astrologische Gesellschaft, ist ein einziges Zimmer in der Wilmersdorfer Str. 11. Zu den früheren Gründungen, die die Kriminalpolizei noch beschuldigen, gehört auch das „Grüne Kreuz“. Alle Angaben zur Aufklärung der gesamten Tätigkeit Weber-Robines sind an Kriminalkommissar Dr. Koch im Berliner Polizeipräsidium (Hausanruf 538) zu richten.

Die unrentable Dahlemer Schnellbahn.

Vor einer Einstellung des Verkehrs?

Nicht nur die Straßenbahnen, sondern auch die Berliner Untergrundbahnen arbeiten streckenweise unwirtschaftlich. Als ein solcher besonders unwirtschaftlicher Betrieb wird die Untergrundbahnstrecke Rünbergener Platz—Tieplaplag genannt, die sich vor der Schaffung der neuen Einheitsgemeinde im Besitze der Stadt Wilmersdorf befand, seit dem 1. Oktober 1920 in den Besitz der Stadt Berlin übergegangen ist und von der Hochbahngesellschaft betrieben wird. Die Stadt Berlin muß als Nachfolgerin des Magistrats Wilmersdorf für die Wirtschaftlichkeit des Betriebes aufkommen, und solange eine ausreichende Benutzung dieser Bahnstrecke nicht vorhanden ist, muß die Stadt einen entsprechenden Zuschuß leisten. Dieser Zuschuß betrug im letzten Rechnungsjahr mehr als 2 1/2 Millionen Mark und wird für das laufende Rechnungsjahr auf mindestens 4 Millionen Mark geschätzt. Es muß daher, wie uns mitgeteilt wird, mit der völligen Betriebseinstellung der Bahn gerechnet werden müssen.

Eine derartige Stilllegung einer wichtigen Zubringerlinie zum Untergrundbahnnetz muß im Interesse der an ihr liegenden, im Entstehen begriffenen Siedlungen außerordentlich bedauert werden. Es wäre zunächst noch zu prüfen, ob sich eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit nicht nach einem anderen Wege erreichen läßt, als auf dem der Tarifserhöhung oder der gänglichen Betriebseinstellung. Als besondere Frage wäre zu prüfen, ob sich durch die Schließung einiger weniger benutzten Stationen nicht eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit erreichen läßt.

Der Vertrag mit dem Postboten.

Gefängnis für Umgehung der Beförderungsvorschriften.

Ein ungewöhnlicher Bestechungsprozeß, bei dem die Frage eine Rolle spielte, ob und unter welchen Umständen Postboten Erlöse annehmen dürfen, beschäftigte die Strafkammer des Landgerichts I.

Ein großer Apparat war bei diesem Prozeß in Bewegung gesetzt, denn es drängten sich in und vor dem Anklageraum 7 Postboten, darunter einige, die schon sehr lange im Postdienst standen und 10 Kaufleute. Der Kaufmann Schawe Kerchenbaum vertrieb hier im großen Baren aus dem besetzten Gebiet, insbesondere Schokolade. Um seine Unterabnehmer schnell und billig in den Besitz der Waren gelangen zu lassen, hatte er mit den angeklagten Postboten eine eigenartige Beförderungsmethode eingeführt: er hatte gegen eine Belohnung von 2 M. pro Paket sie zu bewegen gewußt, die an ihn adressierten Pakete statt an ihn, sofort an die bestimmten Unterabnehmer zu bestellen. Die Zahl der auf diese Weise beförderten Pakete betrug mehrere hundert. Die Anklage stand auf dem Standpunkte, daß die Postboten ihre Dienst- und Amtspflicht verletzt hätten und der Postfiskus um die Portogebühr geschädigt worden sei, die für die Beförderung der Sendungen von Kerchenbaum aus zu den Unterabnehmern zu entrichten gewesen wäre.

Gegen diese Auffassung kämpften die antretenden acht Verteidiger aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen zum großen Teil mit Erfolg an: Es wurden nur Kerchenbaum zu 6 Wochen, ein Postbote zu 1 Monat, ein anderer zu 1 Woche Gefängnis verurteilt; alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Aus dem Verein der Freidenker für Generabestattung

werden wir ersucht, unsere Genossen, die dem Verein angehören, auf folgenden Vorgang aufmerksam zu machen. Zwei von den 15 Vorstandsmitgliedern gehören der SPD an, die übrigen der USPD, und der SPD. Von unseren Genossen ist der eine 2. Vorsitzende, der andere 2. Schriftführer. Ersterer gehört seit 8 Jahren dem Vorstande an. Nachdem er vor dem etwa drei Viertel Jahre in der Geschäftsstelle tätig war, wurde er seit August wiederum darin beschäftigt und war insbesondere im Werbedienst für den Verein tätig. Im Oktober erfolgte die Anstellung des 1. Vorsitzenden, der jedoch krankheitsbedingt sein Amt erst im Februar antreten konnte. Ende Januar beschloß dann der Vorstand, dem 2. Vorsitzenden seine Tätigkeit mit 14tägiger Frist zu kündigen. Diese Maßnahme wurde mit Sparmaßnahmerückblicken begründet. Der Verein hat im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 70 000 auf 150 000 erhöht. Er will sich über das Reich ausbreiten und wird zweifellos bei einiger Propaganda einen weiteren ansehnlichen Mitgliederzuwachs erfahren und damit auch vermehrte Arbeit haben. Wollte der Vorstand den Anschein der Sachlichkeit wahren, dann könnte er seine Maßnahme um etwa vier Wochen aufschieben und die Mitglieder bzw. die Delegierten zur Generabestattung befragen, ob der 2. Vorsitzende weiterhin beschäftigt oder aber gekündigt werden soll. Die Kündigungsfrist, die schließlich bis 1. März verläuft, wurde, rechtlich jedoch bis Mitte März laufen mußte, zu entlassen, macht die Sache verdächtig. Es ist sachlich durchaus verkehrt, eine eingearbeitete Kraft zu entlassen, in dem Augenblick, in dem man vor die Notwendigkeit gestellt ist, weitere Kräfte heranzuziehen. Eine solche „Sparmaßnahme“ wäre durchaus falsch wie denn auch schließlich das Festhalten an dem lächerlich niedrigen Beitrag, der kein besonderes Zutrauen aufkommen läßt, verkehrt ist.

Erhöhung der Postgebühren im Auslandsverkehr. Die neuerdings eingetretene Verschlechterung des deutschen Marktkurses zwingt die Postverwaltung, im Auslandsverkehr vom 1. März an die Gewicht- und Versicherungsgebühren für Pakete sowie die Telegrammgebühren nach dem Verhältnis von 1 Goldfrank gleich 44 M. — statt seit dem 15. Dezember v. J. geltenden Umrechnungsverhältnisses von 1 Goldfrank gleich 36 M. — zu erheben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertanabe auf Briefen und Paketen nach dem Zustand maßgebend. Für Ferngespräche nach dem Ausland werden ebenfalls entsprechend erhöhte Gebühren erhoben werden. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Der Monarchismus im Gerichtswesen blüht munter fort. Von einem Freunde unseres Blattes wird uns abschriftlich eine Zustellung des Amtsgerichts Berlin-Mitte zuonigig gemacht, in der es heißt: „Berlin-Mitte, den 15. 11. 22. Utenz. . . 222. In Sa. . . gegen . . . wird anliegende Abschrift des Gutachtens überfandt. Auf richterliche Anordnung (arg) Schmidt, Kgl. Diätar, als Gerichtsschreiber.“ — Man fragt sich unwillkürlich, ob die Unterabschrift Kgl. Diätar etwa auf richterliche Anordnung erfolgt ist. Um übrigen kann man dem Diätar Schmidt aus Berlin-Mitte nur raten, in Zukunft die Annahme jeglichen republikanischen Geholtes zu verweigern und nach Afrika auszuwandern. Dort steht am Tschadsee das Königreich Bornu, wo Herr Schmidt auch heute noch Kgl. Diätar sein kann.

Erhöhung der Pflegegebühren. Auf Grund des Beschlusses der Stadterordnetenversammlung der Stadt Berlin vom 19. Januar 1922 werden mit Wirkung vom 1. November 1921 für sämtliche in Groß-Berliner Pflegeanstalten befindlichen Pflegelinge einheitlich folgende Monatsätze gezahlt: Für kranke Säuglinge 275 M., für Kinder bis zum 2. Lebensjahre 240 M., Knaben von 2—4 Jahren 180 M., Mädchen von 2—4 Jahren 160 M., Knaben von 4 bis 10 Jahren 145 M., Mädchen von 4—10 Jahren 125 M., Knaben von 10—14 Jahren 125 M. und Mädchen von 10—14 Jahren 108 M. Personen, die häusliche Charlothenburger Pflegen Kinder in Pflege nehmen wollen, können sich beim Bezirks-Jugendamt Charlothenburg, Rathaus, Zimmer 149, täglich von 12—2 Uhr melden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Stimmlich mild, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenschauern und teilweisen Nebel mit schwachen Winden.

Ein deutscher Orientdampfer gesunken. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Dampfer Rotherburg der deutschen Orientlinie in Hamburg ist im Rotesaht südlich Samsee gesunken. Die Besatzung rettete sich in Schiffsbooten.

Eine Hungersnot ist infolge großer Ueberschwemmungen in der Provinz Kiangsi in China, zu der auch Szechuan gehört, ausgebrochen. Weite Strecken sind verunflutet, die gesamte Reisenernte zerstört worden. Sechs Millionen Menschen werden von der Hungersnot betroffen. Die Bewohner haben einen Aufruf erlassen, worin sie die Hilfe eines internationalen Komitees anrufen.

Groß-Berliner Parteinaudrichten.

19. April. Die Fraktionsmitglieder des 19. Verwaltungsbezirks werden gebeten, am Mittwoch, den 1. März, um 5 Uhr im Rathaus Tenthon, Zimmer 17, zusammenzutreten.

Jungfräulichen. Die Veranstaltungen für sämtliche Ortsgruppen morgen: Mittwoch, 1. März, 7 1/2 Uhr, im Saal der Juristischen Sprechstunde, Einberufung der Vortrag über „Gesetzgebungsarbeiten der Schule und Familie“. Referent Genosse Antonie Wüst. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

23. April. Mittwoch, den 1. März, 7 1/2 Uhr, Mitgliederbestimmung im Gesamtkomitee der Oberkreiskomitee Ringstraße. Referent Genosse Kurt Heinz über „Das Steuerkompromiß“.

